

(2002/C 40 E/058)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1603/01
von Konstantinos Hatzidakis (PPE-DE) an die Kommission

(1. Juni 2001)

Betrifft: Vorauszahlung von Gemeinschaftsmitteln aus dem dritten GFK durch die griechische Regierung in Form von Schuldverschreibungen des griechischen Staates

Die griechische Regierung plant, den Auftragnehmern für Vorhaben, die aus dem dritten GFK finanziert werden, Gemeinschaftsmittel in Form von Schuldverschreibungen vorzustrecken, die vom Finanzministerium auf der Grundlage der Garantie der Einnahmen aus Gemeinschaftsmitteln in den nächsten Jahren ausgegeben werden.

Kann die Kommission mitteilen, wie ihrer Ansicht nach dieses Verfahren mit der Verordnung (EG) 1260/1999⁽¹⁾ des Rates mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds im Einklang steht?

⁽¹⁾ ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1.

Antwort von Herrn Barnier im Namen der Kommission

(3. September 2001)

Die Kommission hat Presseberichte zu den von der griechischen Regierung in Erwägung gezogenen oder eingeführten Finanzierungsregelungen, die mit Auswirkungen auf die Durchführung der europäischen Strukturpolitik in Griechenland verbunden sein könnten, zur Kenntnis genommen. Die Kommission wird bei der griechischen Regierung weitere Informationen einholen, bevor sie zu diesem Sachverhalt Stellung nimmt.

(2002/C 40 E/059)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1605/01
von Juan Naranjo Escobar (PPE-DE) an die Kommission

(1. Juni 2001)

Betrifft: Europäisches Polizeikontingent

Die Friedensmissionen im Balkan haben gezeigt, dass die Streitkräfte allein nicht all die zahllosen öffentlichen Ordnungsfunktionen übernehmen können, die erfüllt werden müssen, um die Stabilität in den Interventionsgebieten zu sichern. Der Beschluss, ein Polizeikorps von 5 000 Mann aufzubauen und bei künftigen Friedensmissionen den schnellen Eingreiftruppen zur Seite zu stellen, war Gegenstand der Tagung vom 10. Mai 2001, auf der jeder der fünfzehn Mitgliedstaaten seinen Beitrag zum Europäischen Polizeikorps bekannt gab.

Wann glaubt die Kommission, das erforderliche Mindestmaß an Rechtsvorschriften für den praktischen Einsatz des Polizeikorps anpassen und ausarbeiten zu können? Ist sie der Ansicht, dass diese Initiative von Gerichten und Strafvollzugseinrichtungen unterstützt werden sollte, so dass die EU Richter oder Gefängnisbeamte auf ihre Missionen mitschicken könnte?

Ist die Kommission der Ansicht, dass sie ab 2003 über ein europäisches Polizeikontingent verfügen kann, mit Rücksicht darauf, dass einige Mitgliedstaaten den internen Kompetenzkonflikt, der schon allein durch die Festlegung ihres Beitrags zu diesem Kontingent entstanden ist, noch immer nicht lösen konnten?